



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5168.02

WSU/P095206
Basel, 7. November 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 6. November 2012

Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Greentech Bau: Ansiedlung eines Wirtschaftsklusters für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15. September 2010 den nachstehenden Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Der Wirtschaftsraum Basel belegt international eine Spitzenposition im Bereich Life Science. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt, wie wichtig diese konjunkturell relativ stabile Branche für Basel ist. Es ist sinnvoll, neben den Life Sciences ein zweites starkes wirtschaftliches Standbein aufzubauen, das an das vorhandene Potenzial in Basel anknüpft. Nachhaltige Umweltpolitik bietet wirtschaftliche Chancen. Eines der zentralen Themen des 21. Jahrhunderts wird die Sicherung der Energieversorgung und der Umstieg auf erneuerbare Energien sein. Schlüssel zur Erreichung dieser Ziele liegt in der Verbesserung der Energieeffizienz am Bau durch nachhaltiges Bauen und energetisches Sanieren und durch Produktion erneuerbarer Energien am Bau. Wirtschaftspolitisch sollen heute die Weichen so gestellt werden, dass ein Wirtschaftskluster in Basel entsteht, der ökologisch sinnvoll ist und am enormen wirtschaftlichen Potenzial der Energiefrage partizipiert. Der Kanton Basel-Stadt kennt eine heute im interkantonalen Vergleich grosszügige Förderung der energetischen Sanierung von Bauten und der Installation von hausgebundenen Produktionsanlagen erneuerbarer Energien. Die Region Basel profiliert sich heute schon mit Spitzenleistungen in der Architektur. Zudem verfügt das Einzugsgebiet der Region Basel über beachtliches Know-how in der Fachhochschule Nordwestschweiz, dem Fraunhofer Institut in Freiburg i.Br., der Universität Freiburg i.Br. und der ETH Zürich.

Die Anzugsteller möchten in Basel die Ansiedelung von Grundlagenforschung, Know-how, Technologie, Architektur-, Ingenieur- und Bauleitungsbüros sowie Kapitalgebern gezielt fördern, um ein Wirtschaftskluster von internationaler Bedeutung im Bereich des ökologischen Bauens, Produktion und Nutzung von erneuerbarer Energie am Bau sowie des energetischen Sanierens aufzubauen. Im Fokus stehen also Institute und Firmen in Forschung, Entwicklung, Architektur und Konzipierung, technischer Anwendung oder kommerzieller Umsetzung sowie Bauprojektleitung (Beispiel Baustoffe, Bau- und Haustechnologie und deren Steuerung, Sanierungsprojekte etc.). Vernetzte Anstrengungen auf den drei Ebenen Forschung/Entwicklung, technische Anwendung/kommerzielle Umsetzung sowie Architektur/Bauleitung bewirken eine gegenseitige Befruchtung. Die Institute und Firmen sollen analog der Basler Life Science Branche national und international Produkte und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung anbieten. Ein möglichst rasches Vorgehen ist wünschenswert, da die Zeit ein Faktor im internationalen Wettbewerb der Regionen ist.

Die Anzugsteller beauftragen die Regierung gemäss obigen Ausführungen zu prüfen und zu berichten,

1. wie sie einen international bedeutenden Wirtschaftskluster wie oben beschrieben langfristig aufbauen und entsprechende Institute und Firmen ansiedeln kann;
2. wie sie die verschiedenen Wirtschafts- und Standortförderungs- sowie Stadtentwicklungskräfte im Kanton, eingeschlossen die Raumplanung, auf dieses Ziel ausrichten wird und welche Rolle dabei die bestehende Standortförderung des Kantons einnimmt, eingeschlossen die Verwendung von Mitteln des Standortförderfonds;
3. wie sie dabei mit Partnern des Kantons und den politisch und wirtschaftlich regional vernetzten Organisationen wie beispielsweise metrobasel, regio basiliensis oder anderen zusammenarbeiten will;
4. ob es notwendig ist, die Versorgung der Institute und Firmen des Wirtschaftsklusters mit günstigem Fremdkapital zu fördern, das vorzugsweise von privaten Investoren aufgebracht würde, allenfalls zusammen mit dem Kanton.

David Wüest-Rudin, Aeneas Wanner, Dieter Werthemann, Tanja Soland, Beat Jans, Jürg Stöcklin, Elisabeth Ackermann“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Generelle Einschätzung

Unter Cluster versteht man gemäss der Definition von Michael Porter, der dieses Konzept seinerzeit lanciert hatte, Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen (z. B. Hochschulen), Dienstleistern (z. B. Ingenieurbüros), Handwerkern und verbundenen Institutionen (z. B. Handelskammern) mit einer gewissen regionalen Nähe zueinander, die über gemeinsame Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette entstehen oder die sich aufgrund gemeinsamer günstiger Standortfaktoren regional ballen. Die Mitglieder stehen dabei über Liefer- oder Wettbewerbsbeziehungen oder über gemeinsame Interessen miteinander in Beziehung.

Ein wichtiger Teil von Clustern sind demnach Forschungseinrichtungen. Einige arbeiten in der Region Basel im Bereich des energetischen Bauens und Sanierens. Es sind dies neben anderen:

- das Institut für Energie am Bau der Hochschule für Architektur der FHNW in Muttenz;
- das Institut für Automation der Hochschule für Technik der FHNW in Windisch;
- das Ökozentrum Langenbruck mit seinem nationalen Kompetenz-Netzwerk BRENET für Gebäudetechnik und erneuerbare Energien;
- das trinationale Netzwerk TRION, sowie
- die Pilotregion 2000-Watt-Gesellschaft mit Schwerpunkt Gebäude.

An den meisten dieser Institute oder Programme ist der Kanton Basel-Stadt personell oder finanziell beteiligt. Um Lücken zwischen Forschung und Entwicklung und Markteinführung zu überbrücken, hat der Kanton zudem die Innovationsplattform "i-net innovation networks" entwickelt. Sie vernetzt Unternehmer und Forscher, vermittelt Partner und bietet verschiede-

ne Beratungen im Bereich der Geschäftsentwicklung und Markterschliessung an. Träger sind die vier Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura. Der Bund finanziert 50% der Kosten im Rahmen der Neuen Regionalpolitik.

Im Bereich der Privatwirtschaft verfügt Basel heute zwar - unter anderem aufgrund einer prononcierten Energiepolitik mit Lenkungs- und Förderabgabe auf dem Stromkonsum - über viel Know-how bei den Anwendern, also beim Gewerbe. Grössere Unternehmen mit namhaften eigenen Forschungs- oder gar Produktionsaktivitäten sind jedoch selten. Ein Cluster im Bereich des energetischen Bauens und Sanierens – gemäss obiger Definition - existiert in Basel heute nicht.

2. Die Fragen und Antworten im Einzelnen

2.1 Antwort zu Frage 1

Der Regierungsrat spricht sich klar dagegen aus, einen Wirtschaftskuster für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren aufzubauen und dafür entsprechende Mittel bereit zu stellen. Dies vor allem deshalb, weil dieses Ziel mit einem vernünftigen Mitteleinsatz gar nicht erreicht werden kann. Erfahrungen weltweit zeigen, dass sich Cluster nicht mit Hilfe staatlicher Förderung erzeugen lassen, sondern das Resultat einer Entwicklung sind, bei der es - meist über Jahre bis Jahrzehnte - aufgrund einer Kombination von günstigen Standortfaktoren zu einer zunehmenden Konzentration von Wissen und Kapital an einem Standort kommt.

Basel verfügt heute über zwei substantielle Cluster: die Life Sciences- und die chemische Industrie sowie die Logistikwirtschaft. Beide sind nicht nur national die bedeutendsten, sondern haben auch eine internationale Ausstrahlung - und eine lange Tradition. Deshalb wurden sie - zusammen mit den Finanzdienstleistern und der Kreativwirtschaft - vom Regierungsrat im jüngsten Wirtschaftsbericht 2012 als Zielbranchen bestätigt. Neben der Stärkung bestehender Stärken (Konzept der "Zielbranchen") investiert Basel-Stadt gemeinsam mit drei anderen Nordwestschweizer Kantonen und dem Bund in die oben erwähnte Innovationsförderung. Diese fördert ausschliesslich Innovationen in ausgewählten Technologiefeldern und -themen, in denen die Region bereits heute Stärken aufweist. Dazu gehören auch mehrere Themen im Bereich "Cleantech", und zwar aktuell im Bereich von Wassertechnologien. Hier verfügt die Region - im Unterschied zum Thema, das dem Anzugsteller vor-schwebt - über entsprechende Industriekompetenzen, und zwar bei den KMU wie in der Grossindustrie.

Die inhaltliche Steuerung erfolgt bei i-net überwiegend durch die in den Netzwerken aktiven Unternehmer/-innen und Hochschulforscher/-innen, das heisst die Entwicklung erfolgt nachfrage- und marktgetrieben und wird nicht staatlich verordnet. Eine staatliche Clusterförderung wie sie der Anzugsteller fordert, widerspricht der vom Regierungsrat verfolgten Wirtschaftspolitik.

2.2 Antwort zu Frage 2

Der Regierungsrat verfolgt im Rahmen der kantonalen Energiepolitik sowie der Raumplanungs-, der Verkehrs- und der Finanzpolitik eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Strategie. Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft sind beispielsweise zahlreiche Projekte entstanden, die den inhaltlichen Anliegen des Anzugstellers entsprechen.

Wie in der Antwort zu Frage 1 beschrieben, lehnt es der Regierungsrat jedoch ab, einen subventionierten Cluster in diesem Bereich zu kreieren. Mit seiner Energiepolitik verfolgt der Regierungsrat überwiegend energiepolitische Ziele. Der abgeleitete wirtschaftliche Nutzen ergibt sich demnach vor allem in der Anwendung energieeffizienter Systeme und damit beim regionalen Gewerbe.

2.3 Antwort zu Frage 3

Wir verweisen auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2.

2.4 Antwort zu Frage 4

Der Regierungsrat lehnt es ab, für den Bereich des energetischen Bauens und Sanierens Fremdkapital zu vermitteln oder sogar selbst bereit zu stellen. Es bestehen in der Schweiz genügend Möglichkeiten, wissenschaftlich fundierte Forschungsprojekte zu finanzieren. Unternehmen Fremdkapital aus Steuergeldern zur Verfügung zu stellen, erachtet der Regierungsrat weder als opportun noch als effizient. Der Regierungsrat vertraut hier voll und ganz dem Bankensystem.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Greentech Bau: Ansiedlung eines Wirtschaftsklusters für ökologisches Bauen und energetisches Sanieren als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin